

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tagblatt Auergebirge. Fernsprecher 83. Für unerlangt eingefandene Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regulierungspreis: Die oben erwähnten Zeitungen sind durch den Gesetz vom 1. April 1918, betreffend die Regulierung der Preise für Zeitungen, Druckwerke und Anzeigen, für den Zeitraum vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919, auf den regulierten Preis für den Auer Tagblatt festgesetzt. Bei größeren Abzügen sind besondere Abmachungen zu treffen. Anzeigenpreise sind nach dem regulierten Preis für den Auer Tagblatt zu berechnen. Die Ausgabe der Zeitungen durch Fernsprecher erfolgt über den Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Regulierungspreis: Die oben erwähnten Zeitungen sind durch den Gesetz vom 1. April 1918, betreffend die Regulierung der Preise für Zeitungen, Druckwerke und Anzeigen, für den Zeitraum vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919, auf den regulierten Preis für den Auer Tagblatt festgesetzt. Bei größeren Abzügen sind besondere Abmachungen zu treffen. Anzeigenpreise sind nach dem regulierten Preis für den Auer Tagblatt zu berechnen. Die Ausgabe der Zeitungen durch Fernsprecher erfolgt über den Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 158

Mittwoch, den 10. Juli 1918

13. Jahrgang

Die Reichstagsparteien zum Rücktritt Kühlmanns.

Die Haltung der Sozialdemokraten. — Eine politische Debatte im preussischen Herrenhause. Siegeszuversicht der Regierung. — Zur Ermordung Mirbachs. Englische Agitatoren im Spiele. — Bildung einer russischen Roten Armee. — Die neue Bier- und Branntweinsteuer im Reichstage angenommen.

Zum Rücktritt Kühlmanns.

Dr. v. Kühlmann.

Dr. Richard v. Kühlmann steht im 46. Lebensjahre. Er ist als Sohn des damaligen Direktors, späteren Generaldirektors der Anatolischen Bahnen, am 17. März 1873 geboren, seine Mutter war eine geborene v. Redwitz. v. Kühlmann war während seiner Amtszeit auf zahlreichen diplomatischen Posten beschäftigt, so u. a. in Washington, Petersburg, Marokko und in Persien. Während seiner Tätigkeit in Tanger fiel der bekannte Besuch Kaiser Wilhelms in Marokko. Später wurde er zum ersten Vizekonsul in London ernannt, wo er bei der Formulierung des neuen Vagabundenvertrages und des afrikanischen Vertrages mit der englischen Regierung beteiligt war. In London blieb er bis zum Ausbruch des Krieges. Nachdem er London verlassen hatte, ging er zur Unterstützung des deutschen Gesandten nach Stockholm, wo er aber nur wenige Wochen blieb, weil er als Vizekonsul nach Konstantinopel berufen wurde. Im Frühjahr 1915, als der damalige deutsche Gesandte im Haag aus Gesundheitsrücksichten zurücktrat, wurde v. Kühlmann sein Nachfolger. Nach anderthalbjähriger Tätigkeit wurde er im Oktober 1916 als Nachfolger des inzwischen verstorbenen Freiherrn v. Wangenheim zum Vizekonsul in Konstantinopel ernannt, von wo er Ende Juli 1917 als Leiter des Auswärtigen Amtes nach Berlin berufen wurde.

Paul v. Hinge.

Der als Nachfolger Kühlmanns in Aussicht genommene Paul v. Hinge ist aus der Marine hervorgegangen. Er ist am 18. Februar 1864 in Schwedt a. d. O. geboren und trat im April 1882 als Seekadett in die Kaiserliche Marine ein. 1885 wurde er Leutnant i. S., 1888 Oberleutnant i. S., 1895 Kapitänleutnant, 1901 Korvettenkapitän, 1906 Fregattenkapitän und 1907 Kapitän i. S. Von 1896 bis 1898 tat er als Kapitänleutnant in der Marineverwaltung Dienst, in den nächstfolgenden Jahren war er während des spanisch-amerikanischen Krieges als Flaggen-Leutnant dem von Vizeadmiral v. Diederichs befehligten Kreuzergeschwader in Ostasien zugeteilt. Nach seiner Rückkehr war er dann zunächst beim Admiralstab der Marine beschäftigt, worauf er ein Kommando als Erster Offizier des Vinienschiffes „Kaiser Wilhelm II.“ erhielt. Im Sommer 1903 erfolgte seine Ernennung zum Marine-Attache für die skandinavischen Staaten mit dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahr 1906 wurde er zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den erblichen Adel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter am Kaiserlich Russischen Hofe und als solcher der Person des Kaisers attachediert und dem Hauptquartier zugeteilt. Den aktiven Dienst verließ er im Frühjahr 1911 und trat unter Verleihung des Charakters als Konteradmiral ins Auswärtige Amt ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt, welchen Posten er bis nach Ausbruch des Weltkrieges bekleidete. Hier erhielt er den Auftrag, die deutsche Vertretung in Peking zu übernehmen, wohin er aber, da der Werberband das freie Geleit verweigerte, nur unter größten Schwierigkeiten und Gefahren gelangte. Nach Abbruch der Beziehungen mit China kehrte er auf dem sogenannten Diplomaten-Schiff über Amerika nach Holland und Deutschland zurück. Im Juni 1917 endlich ging Herr v. Hinge nach Christiana, um hier an Stelle des abberufenen Gesandten Dr. Michahelles zu treten. Hinges Vater, Julius Ferdinand Hinge, war Kaufmann in Schwedt a. d. O. seine Mutter eine geborene Hardmann; beide Eltern sind nicht mehr am Leben.

Die Stellungnahme der Parteien.

Wie die Berliner „Nat.-Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, stellt sich die durch den Rücktritt Kühlmanns geschaffene politische Lage folgendermaßen dar: Der Rücktritt des Staatssekretärs findet bei den Parteien des Reichstags eine zwiespältige Aufnahme. Während ein Teil der Parteien in dem vollzogenen Rücktritt eine Erklärung der Lage sieht, stehen vor allem die Sozialdemokraten auf dem Standpunkte, daß der Rücktritt Kühlmanns in Zusammenhang mit der nunmehr als sicher geltenden Nachfolgerschaft Herrn v. Hinges das Uebergewicht militärischer Einflüsse dokumentiere. Von anderer Seite wird dem Blatte noch mitgeteilt: Die Mitglieder der Mehrheit des Reichstags glaubten mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß das Demissionsgesuch

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 10. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Rammelgebiet an der Oise und Somme lebte die Gefechtsaktivität in den Abendstunden auf. Nächtlige Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Feind setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Royon und südlich der Mense stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften Portes und Des Loges westlich von Authenil sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Vorstöße abgewiesen. Bei diesen erfolgreichen Vorstößen westlich von Chateau-Thierry machten wir mehrere Gefangene. Keine Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

15000 Tonnen versenkt.

(Amtlich.) Berlin, 9. Juli. Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: 5 Dampfer und 1 Segler von rund 15000 Tonn.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

v. Kühlmanns abgelehnt werden würde. Die Sozialdemokraten, die beschlossen hatten, die Kriegskredite zu bewilligen, erklärten heute, sich vor eine gänzlich neue Situation gestellt zu sehen, die ihre bisherigen Beschlüsse von denen sie bereits der Regierung Mitteilung gemacht hatten, völlig hinfällig macht. Nach einer Ablehnung der Kriegskredite durch die Sozialdemokraten (die Unabhängigen Sozialdemokraten stimmen ohnehin dagegen) müßte sich Herr v. Bayer genötigt sehen, selbst eine Demission zu geben. Nach der Aussprache der fortschrittlichen Volkspartei, die anfänglich sehr bewegt verlief, wurde jedoch von fortschrittlicher Seite erklärt, daß die Partei mit einem Rücktritt des Vizekanzlers nicht rechnet. Wie in Reichstagskreisen bestimmt verlautet, werden jedoch die Mehrheitssozialisten die Kriegskreditvorlage nicht ablehnen. Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ schreibt zu Kühlmanns Rücktritt u. a.: Ist das nun ein Sieg der Alldeutschen? Man muß diese vergiftete Aus- und Unterlegung von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es handelte sich nicht, wie unterstellt wurde und wird, um den Kampf eines Systems gegen ein System, es handelte sich und konnte sich nur handeln um die Ausschaltung eines Staatssekretärs, der in geradezu unerhörter Weise gegen Kurs des ihm vorgelegten einzig verantwortlichen Kanzlers zu steuern versuchte. Der Mann Kühlmann hat sich politisch unmöglich gemacht. Den Mann Kühlmann gilt es zu ersetzen durch jemand, der nicht, wie er, jedes politische Kredites bar ist. Weil dem so ist, entfallen wir an Kühlmanns Ausscheiden keinerlei besondere Erwartungen, sei es freudiger oder unfreudiger Art; der Kurs bleibt der alte.

Aus dem Reichstage.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung standen zunächst

Anfragen.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Urendt (d. F.), wie der Reichskanzler die schwere Unbilligkeit gegen die Hausbesitzer durch die von den stellvertretenden Generalkommandos des 1., 2. und 7. Armeekorps erlassenen Mietskündigungs- und Mietssteigerungsverbote zu verhindern gedenke, erwidert General von Wrisberg: Diese Verordnungen erfolgten auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden, um einer durch Waffenskandungen und Mietssteigerungen bis zu 45 Prozent entstandenen Wohnungsnot und der daraus folgenden schweren Benutzungsnot der Bevölkerung im Interesse der Sicherheit des Reiches so schnell wie möglich abzuwehren. Die Verordnungen stellen nur eine Ergänzung der Bundesrats-

Verordnung vom 26. Juni 1917 dar und machen die Steigerung oder Kündigung von der Genehmigung der Mietverwaltungen oder der Polizeiverwaltung abhängig. Es wird also der Mieterchutz gestärkt, ohne die berechtigten Interessen der Vermieter zu gefährden. Die militärischen Befehlshaber sind zweifelslos auf Grund des Belagerungszustandgesetzes zum Erlass derartigen Verordnungen berechtigt.

Eine Anfrage des Abg. von Brodhausen (Zent.) betreffend Bekleidung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit Stiefeln und Schuhen bei Eintritt kälter Witterung beantwortet Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller dahin, daß bereits eine entsprechende Verordnung erlassen sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Gieseler (f. D.) betreffend Erhöhung des täglichen Bergpflegungsgebeldes auf 2 Mark für Urlober erwidert

General von Oben: Ueber die Erhöhung des Bergpflegungsgebeldes zur Selbstbefriedigung ist eine Entscheidung in der nächsten Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (natl.) fragt, ob der Reichskanzler dahin wirken wolle, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und zwar unter eingehender Festhaltung und voller Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung des Landes.

Unterstaatssekretär Dr. Demaldt: Die Thronfolgefrage ist verfassungsmäßig Sache des einzelnen Bundesstaates. Die beiden großherzoglich-mecklenburgischen Regierungen sind gegenwärtig mit Erwägungen darüber beschäftigt, ob Herzog Karl Michael, dessen Aufenthaltort in Rußland noch nicht ermittelt werden konnte, durch Verzicht sein Thronfolgerecht verloren hat. Es ist festgestellt, daß Herzog Karl Michael wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges aus der mecklenburgischen Staatsangehörigkeit entlassen wurde, Ausnahme im russischen Untertanenverband fand und als russischer General gegen Deutschland im Felde stand. Die sich hieraus ergebenden Folgerungen werden jedenfalls zu ziehen sein.

Eine Anfrage des Abg. Vogtherr (unabh. Soz.) betreffend ausnahmsweise Behandlung der Wahlvereine der unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien im Bereiche des 2. Armeekorps beantwortet

General von Wrisberg: Im Korpsbezirk des stellvertretenden Generalkommandos des 2. Armeekorps sind politische Mitgliederversammlungen aller Parteien ausnahmslos gestattet, wie auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben, wie auch solche der Sozialdemokratie. Verbieten ist nur das Auftreten auswärtiger Personen, deren Reden heurztigend wirken.

Auf die Anfrage des Abg. Müller-Weinigen (f. D.) betreffend Einstellung der Lieferung von reinem Buchenblättertabak an die Mannschaften im Felde erwidert

General von Oben: Seit der Verfügung vom 18. Mai ist die Kriegstabakmischung nicht mehr an Proviantdepots geliefert worden. Sie ist bis zur Entscheidung der Erlasspflicht der Lieferanten auf Lager genommen. Ehe der Erlass überall durchgedrungen ist, indessen allerdings noch manche Pakete an die Truppen ausgehändigt worden sein. Andere Mischungen werden bereits auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Vorläufig wird nur reiner Tabak an die Truppen geliefert.

Es folgt die erste Lesung des neuen Kriegskredits von 15 Milliarden Mk. Es wird Ueberweisung an den Heeresausfluß beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung der Steuervorlagen.

Biersteuer und Bierzoll. Abg. Köppler (Soz.): Das Bier sollte als der beste Bundesgenosse im Kampf gegen den Schnaps geschont werden, wird aber immer mehr als Steuerquelle benutzt. Die heutige Steuer bedeutet eine Jahresbelastung von 1 Milliarde Mark und damit den Todesstoß für viele Brauereien und Tausende von Erbknechten.

Hdg. Hubert (Sog.): Die für die Höhe der Steuern vorgesehene Skala ist zu hoch. Die Kontingenzierung sollte von 10 auf 3 Jahre herabgesetzt werden.

Reichsfinanzminister Graf Röhren: Ich kann versichern, daß in absehbarer Zeit an eine weitere Biersteuer nicht heranzutreten werden wird. Die Regierung betrachtet die Getränkesteuer als wesentlichen Teil der späteren Finanzreform, was jetzt aus praktischen Gründen vorweggenommen wird. Bei der endgültigen Finanzreform bleiben die jetzigen Steuererlöse unberührt.

Bei Paragraph 5 wird auf Antrag Kienast der zweite Absatz gestrichen, wonach die Erhöhung der Steuern für neue Brauereien, die in den ersten fünf Rechnungsjahren auf das dreifache, in den nächsten fünf Rechnungsjahren auf das Doppelte bemessen werden, keine Anwendung auf neue Brauereien finden soll, die von Gastwirten aus gewerkschaftlicher Grundlage errichtet werden. Bei Paragraph 63 wird ein Antrag auf Befreiung der Gemeindefleckersteuer abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso das Gesetz über den Bierzoll.

Am 1 Uhr 30 Min. tritt die Mittagspause ein. Nach der Mittagspause folgt die Beratung der Weinsteuer.

Hdg. Hoffmann, Kaiserslautern (Sog.): Wir lehnen es ab, durch eine derartige Gewaltsteuer einen ganzen Erwerbsstand zu untergraben. Auch diese Steuer fällt auf die breite Masse zu. Wenn die Weinpreise so außerordentlich hoch sind, so wird der Weinbauer seine besten Abnehmer verlieren. Wir lehnen die Weinsteuer ebenfalls ab.

Hdg. Kopsch (f. B.): Wenn die Kommission an eine 20prozentige Weinsteuer herangegangen ist, so geschah dies unter dem starken finanziellen Druck. Meine politischen Freunde stimmen in ihrer überwiegenden Mehrheit einer Steuer von 20 Prozent zu, jedoch in der Erwartung, daß, wenn die beklagte Schädigung des Weinhandels und des Weinhandels eintrifft, die Reichsregierung unverzüglich auch ohne Drängen des Reichstages eine Herabsetzung des Weingesetzes und eine Herabsetzung der Weinsteuer in Vorschlag bringen wird.

Hdg. Gaegy (Sog.): Der Wein ist bei uns in Deutschland kein Luxusgetränk, sondern ein Volksgetränk.

Reichsfinanzminister Graf Röhren: Ich kann die in der Kommission abgegebene Erklärung nicht wiederholen, daß die verbündeten Regierungen loyal zu dem zweiten Absatz des Paragraphen 1 seien, wonach der Bundesrat berechtigt wird auf Verlangen des Reichstages herabzusetzen, nach Kriegsende den Steuerfuß für Wein im steuerpflichtigen Wert von nicht mehr als 3 Mark für das Liter auf 16 vom Hundert herabzusetzen. Die verbündeten Regierungen werden die entsprechenden Maßnahmen herbeiführen.

Hdg. Hubert (unabh. Sog.): Im Interesse der Süddeutschen und namentlich der Württemberger Lehnen wir die Vorlage ab.

Hdg. Feuerstein (Sog.): Wir haben keine Weinsteuer, sondern eine Weinaufschlagsteuer in der rohesten Form vor uns. Die Weine bis zu 4 Mark sollten steuerfrei bleiben.

Die Vorlage wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Schaumweinsteuervorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen. Es folgt die Steuer auf Mineralwasser und künstlich bereitete Getränke, sowie die Jollerhöhung auf Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Hdg. Ruch (Sog.): Ich halte mich für verpflichtet, die berechtigten Einwendungen der Konsumenten gegen diese Steuer zur Sprache zu bringen. Wir können auch diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht geben. Kaffee ist kein Nahrungsmittel, aber ein notwendiges Genussmittel.

Hdg. Neumann-Hofer (f. B.): Das Verbot, von der Kommission, die natürlichen Fruchtäfte, im Gegensatz zu den künstlichen, von der Besteuerung freizulassen, halte ich nicht für zweckmäßig. Hier wird eine neue Steuer erhoben.

Ein Antrag Neumann-Hofer (f. B.), die Steuerfüße, die von der Kommission erhöht worden sind, im wesentlichen auf die Höhe der Regierungsvorlage herabzusetzen, und zwar für Mineralwasser von 0,085 auf 0,08, für Limonaden und andere künstliche Getränke von 0,15 auf 0,10, für konzentrierte Saftlimonaden von 1,50 Mark auf 1 Mark und für Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierter Saftlimonade von 80 auf 20 Mark für den Liter findet Annahme. Die Vorlage wird im übrigen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe.

Hdg. Kaubadel (Sog.): Die Vorlage würde nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Schwächung der Einnahmen der Reichspost führen. Die Vortrefflichkeit der Post soll endgültig beseitigt werden. Wir lehnen die Steuer ab.

Die Vorlage findet unveränderte Annahme nach der Kommissionsfassung.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Ein Telegramm des Kaisers.

Des Kaisers Zuschrift.

Auf ein Audienztelegramm erhebt Geheimrat Dübberg-Berckhausen in Bonn folgende Antwort des Kaisers:

Großes Hauptquartier. Der ersten Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern Wilhelms-Universität in Bonn herzlichen Dank für das Gedächtnis der Treue zu Kaiser und Reich. Geht erstrahlen aus der Finsternis der gewaltigen Völkerverwirrung aller Zeiten die unabwiesliche Kontinuität und die unerschütterliche Dauer.

mit den deutschen Völkern. Noch gelang es unseren heldischen Vorfahren nicht, den feindlichen Vernichtungswillen ganz zu brechen, aber mit unerlöschlicher Zuversicht scharen sich Deutschlands Söhne um ihren obersten Kriegshelden und ihren erprobten Heerführer, dem Vaterlande Leben, Blut und Freiheit endgültig zu erkämpfen und freie Bahn zu friedlicher Entfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu schaffen. Gott wird mit uns und unserer gerechten, heiligen Sache sein. Wilhelm, L. R.

Zur Ermordung des Grafen Mirbach

Englische Agitatoren in Tätigkeit.

Zu der Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach sind in Wien folgende Meldungen eingetroffen:

Nach der Flucht der Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau tagende Kongress der linken Sozialrevolutionäre untergebracht ist, entspannen sich im Laufe der Nacht vom 6. auf den 7. Juli lebhafteste Straßenkämpfe, bei denen erwiesenermaßen englische Agitatoren tätig waren. Die Sowjettruppen haben aber dank ihrem sofortigen scharfen Zusammentreten die Ordnung wiederhergestellt. Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongress heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefasst sind, ist nicht bekannt. Gegen Abend des 1. Juli war in Moskau ziemlich Ruhe eingetreten. Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur noch planloses zeitweiliges Gewehrfeuer. Die russische Regierung ließ in Flugblättern eine Erklärung verbreiten, in welcher sie die restlose Unterdrückung der ganzen Bewegung in Aussicht stellt und für den Fall des Wiederausbruchs die volle Verantwortung den Sozialrevolutionären überläßt.

Trotz für eine große rote Armee.

Die allrussische Versammlung der Sowjets ist in Moskau am 6. Juli eröffnet worden. Anwesend waren über 800 Abgeordnete, davon 400 Bolschewikis, 300 Sozialrevolutionäre. Trotz hat die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit eines großen und starken roten Armees eröffnet und betont, daß man im Falle der allgemeinen Wehrpflicht stehe.

Die Presse meldet: In Petersburg ist die Kriegsgesetz eingeführt worden.

Eine politische Debatte im preussischen Herrenhause.

Unser Sieg nicht in weiter Ferne.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Herrenhauses erklärte der Staatsminister Dr. Friedberg, das Verständnis, als ob durch die Reden von Wortlicher Stellen im Reichstag (gemeint ist hier die letzte große Rede des Staatssekretärs Dr. von Rühlmann) das Siegesbewußtsein herabgedrückt worden ist, dürfte durch die Rede des Reichslänglers und des Staatssekretärs aufgehoben werden sein. Innerhalb der Reichs- und Staatsregierung kann keine Rede davon sein, daß unsere Siegesüberzeugung irgend wie erschüttert worden ist. Das entspricht auch der Ansicht der Wehrmacht des deutschen Volkes. (Bravo.) Wir haben besiegelt im Osten, und wir werden siegen im Westen. Wir sind überzeugt, daß unser Sieg nicht mehr in weiter Ferne ist. (Bravo.) Durch den Krieg wurde es so kommen, daß außerordentlich wichtige und dringende Aufgaben immer mehr in die Hände des Reiches übergehen. Wir werden nicht verhindern können, daß das Reich gewisse Steuerquellen der Bundesstaaten erfährt. Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um einheitlich und geschlossen im Innern zu sein. (Zustimmung.) Wenn wir uns gegenseitig mit Vertrauen entgegenkommen, kann wird diese Einigkeit und Entschlossenheit zum Siege des Vaterlandes führen. (Beifall.)

Fürst Salim-Gorsmar: Auf das Wahrscheinlich ist nicht eingehen. Es handelt sich letzten Endes um den Kampf der jüdisch-demokratischen Weltanschauung gegen die deutsch-aristokratische Weltanschauung. Im Grunde mit dem internationalen Judentum steht auch das Freimaurertum.

Herzog von Braunschweig: Ich bedauere, daß in diesem Hause das Dummende von dem Korredner hervorgehoben worden ist. Wir halten uns an die Worte des Kaisers: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!

Staatssekretär a. D. Dernburg: Ich schließe mich dem Korredner vollständig an. Wenn das Herrenhaus im Volke seine Stellung verbessern will, dann muß es in Zukunft sich solche Ausführungen verbitten. Wenn die Wahlvorlage zur Angelegenheit gekommen ist, so ist der Grund dafür, weil sie zu spät gekommen ist.

Graf von Wartenberg: Ein guter Friede ist nur auf dem Schlachtfeld zu erreichen. Unsere ganze innere Politik während des Krieges ist darauf hinausgegangen, daß man der linken Seite vollständige Konzeptionen gemacht hat. Durch das Angreifen der Reichsbehörden in die Verhältnisse Preußens wird der Lebensnerv Preußens berührt. Was die finanziellen Verhältnisse Preußens zum Reich betrifft, so ist zu hoffen, daß die Finanzen durch eine ausgiebige Kriegsentfaltung gefördert werden.

Staatssekretär des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Ich muß der Auffassung widersprechen, daß der preussische Staat durch das Reich majorisiert wird. Wenn gegenwärtig zwei Staatspräsidenten in Preußen sich einstimmen haben, so wird damit die Übereinstimmung der Reichspolitik mit der preussischen Politik erreicht.

von Döberitz-Baumgarten Der Abgeordnete hat dem Reichstag mitgeteilt, daß sich das Reich in preussische Angelegenheiten nicht eingemischt. Die Angelegenheiten von Preußen hat aber erklärt, daß er mit der preussischen Wahlrechtsreform nicht einverstanden sei.

Herr Salim-Gorsmar: Ich habe geglaubt, die Unmöglichkeit des Botes auf den Widerstand von Wahlrechtsänderungen zurückzuführen zu sollen. Ich erkenne an, daß unsere jüdischen Mitbürger ihre volle Zustimmung geben.

Staatssekretär Dr. Hagen: Mirbach verließ einen Heilbescheid, in welchem eine Neuordnung der Dinge (Wahlrechtsreform) in der jetzigen Zeit als eine Notwendigkeit bezeichnet wird. Oberbürgermeister Wenzelmann, Rühlmann: Die Ausführungen des Fürsten Salim-Gorsmar über die Freimaurerei sind so unerschrocken, daß sie nicht unüberhörbar bleiben können. Die Freimaurerei hat mit der Politik nichts zu tun. Der Bund steht am Nationalismus und Vaterlandsliebe niemandem nach.

Die allgemeine Besprechung schließt. Beim Haus der Landwirtschaftlichen Verwaltung erklärt Staatssekretär von Waldow: Unser System ist als produktionshemmend bezeichnet worden. Wenn aber der Landwirtschaft Menschenkraft, Pferde und künstlicher Dünger fehlen, so liegt dies nicht am System, sondern es ist eine Kriegsnotwendigkeit. Gemäß wird der erste Artikel sein, der von der öffentlichen Verwaltung befreit sein soll, aber erst dann können wir von der öffentlichen Verwaltung abgeben, wenn die Borräte größer sind, als der Bedarf.

Nach längerer Aussprache über die Ernährungsfragen wird der Haushalt der Landwirtschaftsverwaltung genehmigt.

Die dunklen Mächenschaften in Oesterreich.

Eine Aufführung.

Auf einer Versammlung im Wiener Rathaus besprach der Hauptsekretär der „Reichspost“ Dr. Funder, gebärdete Gerichte und Anschuldigungen, die in Wien kursieren und die Mitglieder und Verwandte des Kaiserhauses nicht aus dem Spiel lassen. Dr. Funder sagte u. a.: Auf zwei Ausstellungen will ich hier zu sprechen kommen, weil sie am hartnäckigsten sich in der Öffentlichkeit behaupten und vielleicht auch von Outgrünern geglaubt werden. Die eine betrifft die beiden Prinzen der Kaiserin, die Prinzen Sixtus und Franz Xaver von Parma, die sich im Auslande befinden. Drei Brüder der Kaiserin dienen bekanntlich in der österreichisch-ungarischen Armee. Ich stehe hier, von niemandem beauftragt oder gebeten, sondern nur als ein einfacher freier Mann, dem aber die Sitte rot wird, wenn er sieht, wie man der Wahrheit Gewalt antut. Es ist nicht wahr, daß die beiden Prinzen sich bei Beginn des Krieges auf Seiten Frankreichs geschlagen hätten, um gegen die Mittelmächte zu kämpfen, sondern wahr ist, daß die beiden Prinzen bei Ausbruch des Weltkrieges im Auftrage in das österreichisch-ungarische Heer getreten haben, aber diese Aufnahme nicht erzielten, und sich darauf dem Liebeswerke des „Roten Kreuzes“ in Gent zur Verfügung stellten. Es ist nicht wahr, daß die beiden Prinzen einmal oder öfter dann später im Kriegsverlaufe aus dem Auslande zu ihrer Familie nach Oesterreich hereingekommen sind und mit dieser Zusammenkünfte in Steiermark oder sonstwo pflegten. Sondern die Wahrheit ist, daß sie nur deshalb zweimal auf kurze Zeit in Oesterreich, ohne ihre Familie aufzusuchen, waren, weil sie Graf Czernin gerufen hatte, da er sie für geeignet befunden hatte, sie mit Bemühungen für die Annäherung des Friedens zu betrauen. Es war nicht ihre Schuld, daß die Feinde diese Bemühungen zurückgewiesen haben, so wie sie bisher alle Friedensschritte der Staatsmänner der Mittelmächte zurückgewiesen, aber es war notwendig gewesen, in einer Zeit, wo die Mittelmächte keine Diplomaten im feindlichen Auslande besaßen, Persönlichkeiten von der Stellung der beiden Prinzen mit Bemühungen für jenes Friedenswerk zu betrauen, das wir alle mit unseren besten Wünschen segnen möchten und dessen Gelingen sicherlich die Dankbarkeit der ganzen Menschheit verdienen würde. Mit derselben Entschiedenheit muß immer wieder festgestellt werden: Der Kaiserbrief zur Annäherung von Friedensverhandlungen ist seinem Sinne und seinem Inhalte nach von dem verantwortlichen Minister Grafen Czernin veranlaßt worden. Er, Graf Czernin, war es, der hierzu die Person des Prinzen Sixtus ausgewählt hat, und wer der Meinung ist, daß Graf Czernin wahrhaftig kein unfähiger Staatsmann war, der wird auch überzeugt sein, daß Graf Czernin diese Veranlassung des Kaiserbriefes mit dem vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit konnte.

Wichtigste politische Meldungen.

Zur Wien-Schlacht im Westen. Der gestrige Abendbericht der Herleitung lautet: Südwestlich von Moskau wurden französische Truppen abgewiesen. Der letzte erfolgreiche Kampf bei Chateau-Thierry.

Zustangriff auf Toulon. Toulon und Umgebung wurden während mehrere Nächte durch treffende deutsche Flieger mit einer großen Zahl von Geschossen aus geringer Höhe beschossen. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten schwanken die Angaben. Die Verfolgung war ergebnislos.

Eine Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten. Der neue bulgarische Ministerpräsident, Wallnow, gab dem Vertreter der „Wolfschen Zeitung“ in Sofia folgende Erklärung ab: Wir haben diesen Krieg gemeinsam begonnen und werden ihn gemeinsam fortführen und beenden. Ich habe meine Überzeugung zur Bündnistreue bereits in vielfältiger Form betont, aber ich habe an, es als einen politischen Wahnsinn für jeden bulgarischen Vorkrieg zu bezeichnen, auch nur einen Augenblick den Gedanken an eine Unterbrechung unserer Politik aufkommen zu lassen. Glauben Sie mir, daß ich es für eine der wichtigsten Aufgaben halte, unsere verbündeten Völker einander näher zu bringen. Die Völker müssen sich kennen und verstehen. Ich bin überzeugt, daß man auch in Berlin den gleichen Grundgedanken hegt, den ich vertrete: Offensivität und Kufriktigkeit. Der Ministerpräsident ging dann auf die italienisch-bulgarische Streitfrage ein und erklärte: Würde die Türkei wirklich wegen ihrer Unfähigkeit in der Dobruja glauben, Kräfte zu haben zu können, so werden wir auf ihrer Annäherung von ihr

Verhandlungen... Der Untergraph... Benvenuto Wein...

Ein Spionagegeheim... Das Ministerium... Die Kammer...

Amnestie in Baden... Der Großherzog... Die Geburtstagsfeier...

Von Stadt und Land.

Arbeitsangelegenheit... Der Sergeant Otto Storz... Die Stadtverordnetenversammlung...

Zur Rudendorffspende... Das Ergebnis der Rudendorffspende in Aue... Die runde Summe von 20000 Mk. erreicht werden könnte.

K. Hauptversammlung des Vereins 'Rinderheim'... Der Verein Rinderheim hielt gestern Abend unter Vorsitz des Herrn Pfarrers Behmüller im 'Blauen Engel' seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Verleihung einer Kleiderverleihungs-Gesellschaft in Zwickau... Am die von den Kommunalverbänden gemeldet... Die tägliche Besucherzahl (Kinder) stieg bis auf 200.

xy Konzepte... In einem Schuppen des hiesigen Deutschschloßes wurden von Bergleuten, zwischen dort lagernden Holzern verholet, zwei von ihrem Arbeitsplatze in Zwickau entwundene Kriegsgefangene...

Verhandlungen beträgt 118348 Mk.; nach Abzug der Hypotheken im Betrage von 44580 Mk. verbleibt ein Reinerlös von 67718 Mk. Die Rechnung ist von den Herren Kassierer Rehr und Buchhalter Schmidt geprüft und, wie Herr Rehr erklärte, in bester Ordnung befunden worden.

Herr Betriebsleiter Reil erwähnte dann die unerfreulichen finanziellen Verhältnisse im Heim, wie sie namentlich durch die Anlage der Kiosks, das Fehlen der Zentralheizung usw. entstanden seien. Auch fehle es dem Heime an Luft und Licht. Man werde später an einen Neubau denken müssen — die dringend notwendige Heizungsanlage lasse sich schon jetzt schaffen.

Städtische Darlehen an Hausbesitzer. Das Sächsische Ministerium des Innern hat der Gewerbekammer Plauen mitgeteilt, daß es auf Grund der von den Ständekammern im Mai 1918 erteilten Genehmigung in der Lage sei, unter den im übrigen unverändert bleibenden Voraussetzungen und Bedingungen der Verordnung vom 12. April 1916 nunmehr auch Haus- und Grundbesitzern zur Erhaltung ihres Haus- und Grundbesitzes nach Befinden auch zur Bezahlung der während des Krieges rückständig gebliebenen Hypothekenzinsen, Darlehen im Betrage bis 2500 Mark zu gewähren.

Arbeitsangelegenheit des Wappenschneiders. Das wiederholt aufgetauchte Gerücht, das wehrpflichtige Höchstalter werde auf 50 Jahre heraufgesetzt werden, entbehrt jeglicher Begründung.

Verleihung einer Kleiderverleihungs-Gesellschaft in Zwickau. Am die von den Kommunalverbänden gemeldet... Die tägliche Besucherzahl (Kinder) stieg bis auf 200.

xy Konzepte... In einem Schuppen des hiesigen Deutschschloßes wurden von Bergleuten, zwischen dort lagernden Holzern verholet, zwei von ihrem Arbeitsplatze in Zwickau entwundene Kriegsgefangene...

Handgrundstücke. Der Rat wurde gebeten, Schritte zu Abänderung der stehenden Verhältnisse im hiesigen Bahnhofsgelände zu tun. — Gestern hat in hiesiger Gegend die Getreideernte begonnen, viel früher als erwartet werden konnte.

Wuppel, 10. Juli. Heute vormittag zwischen 8 und 9 Uhr wurde beim Übergang Königstraße von einer allein fahrenden Lokomotive eine Frauensperson tödlich überfahren.

Sprechsaal.

Die Antwort des Städtischen Ernährungsamtes. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nummer 155 dieser Zeitung waren zwei Anfragen an das Städtische Ernährungsamt enthalten in denen Beschwerde darüber geführt wird, daß die Teilnehmer an den Kriegsküchen die Mehruzuweisung von Gemüse für die Verringerung des Brotanteils nicht erhalten. Den Beschwerden ist eine gewisse Berechtigung nicht abzupredigen insofern, als die gegenwärtige Regelung nicht befriedigt. Es sind auch schon Schritte zur Abänderung getan. In Wirklichkeit freilich werden die Kriegsküchenteilnehmer nicht ungünstiger behandelt, sondern sogar noch günstiger. Die Kriegsküchen erhalten für die ganze Woche 330 Gramm an Trockengemüse usw. für jeden Kopf ihrer Teilnehmer zugeteilt, während sonst auf den Kopf nur 300 Gramm kommt.

Letzte Drahtnachrichten.

Zum Rücktritt Kühmanns. Ueber die Stellungnahme der Parteien zum Rücktritt des Staatssekretärs von Kühmann berichtet der Sozialanzeiger, daß die Lage im Reichstag gestern Abend sich soweit gelichtet habe, daß in Verbindung mit dem Rücktritt und der erwarteten Ernennung des Herrn von Hingst an seiner Stelle von einer Krise kaum gesprochen werden kann. Man erwartet lebhaft, daß die Reichsleitung jetzt, da ein neuer Mann, aber dessen Grundzüge man nicht genau unterrichtet sei, in sie eintritt, dem Parlament eine nochmalige Darlegung ihrer Auffassung von den Kriegs- und Friedensfragen geben werde. Der Hauptausgangspunkt werde heute vormittag eine ganze Reihe von Fragen, darunter auch militärische, erörtern. Es gelte nicht für wahrscheinlich, daß schon in dieser Sitzung die vorliegende Frage zur Sprache kommt. Die Widerstandspartei wünscht jedoch, daß der Rangier, der noch im Großen Hauptquartier sei, sich selbst zur Sache äußere, und es verlaute gestern, wenn auch nicht offiziell bestätigt, daß Graf Hertling am Freitag im Hauptquartier das Wort ergreifen werde. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Diese Sitzung in die Ereignisse unserer Tage, soweit es heute noch nicht geschieht, auch den großen jüdischen Verdiensten Herrn von Kühmanns gerecht werden. Ueber seine Nachfolge ist zur Stunde noch nichts bestimmt, aber es steht jetzt schon fest, daß die auswärtige Politik des Reiches sich mit seinem Rücktritt nicht ändern wird. Schon dies ist ein Beweis, daß es unerlässlich wäre, wenn man behaupten wollte, Herr von Kühmann habe seinen Abschied genommen, weil seine Politik Schiffbruch gelitten habe. Er hat sie geführt in dem wohlverstandenen Interesse des Reiches und in der von allen gebilligten Absicht, unserem Vaterlande einen baldigen, ehrenvollen Frieden zu sichern. Dieses Ziel bleibt die nächste Aufgabe der deutschen Politik.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes Eisenmöbel, Holzmöbel, Kindergarnitur, etc.

Kaufhaus Schocken. Warentransporte. auf dem Land- und Wasserwege. Reisegepäck. versichert.

Beratung des Reichstages mit dem Hauptauschuss. Berlin, 10. Juli. (Amitt.) Wie wir hören, wird der Reichstag morgen vormittag in Berlin eintreffen, da er den Wunsch hat, mit dem Hauptauschuss des Reichstages über die politische Lage zu beraten.

Der Aufstand in Moskau unterdrückt.

Mosk., 8. Juli. Der Leiter der Operationsabteilung des Volkswirtschaftsministeriums, für das Militärwesen, Waralow erlässt eine Bekanntmachung, nach welcher entgegen dem Wunsch der linken Sozialrevolutionäre, die Rätegewalt sei angeblich mit Hilfe der Moskauer Garnison gestürzt, die Ordnung in der Stadt wiederhergestellt worden sei. Der Aufstand ist ohne große Schwierigkeiten durch die Moskauer

Garnison, welche der Sache der Arbeiter- und Bauernregierung treu blieb, unterdrückt. Die Aufständischen sind verhaftet.

Ein Manifest des neuen Sultans.

Konstantinopel, 9. Juli. In dem Schreiben, in welchem der Sultan das Kabinett Zafant bestätigt, betont er seine Absicht, trenn an der Verfassung festzuhalten, sowie die Notwendigkeit, zu der glücklichen Beendigung des Krieges alle Kräfte zusammenzufassen und die Ordnung im Lande anzufestigen zu erhalten. Die Terrorismus müsse energisch bekämpft werden, politische Verbrecher, die keine zeigen, und leichte Verbrecher, die drei Viertel ihrer Strafe verbüßt hätten, sollten begnadigt werden. Der Belagerungszustand solle nur in den Militärzonen

bestehen bleiben, die Strafprozesse sollten an die gewöhnlichen Gerichte verwiesen werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage solle durch Steigerung der Produktion herbeigeführt werden. Über die äußere Politik sagt das Schreiben, daß es dem wohlverstandenen Interesse des Landes entspreche, in voller Übereinstimmung mit den Mittelmächten und Bulgarien zu verbleiben. Es sei daher das Ziel des Sultans, die Verbindungen zwischen der Türkei und diesen Staaten noch mehr zu festigen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seidmann. — Druck und Verlag: Neuer Druck- u. Verlagsbetrieb M. S. G.



Plötzlich und unerwartet erhielten wir die schmerzliche, fast unglaubliche Nachricht, daß unser lieber, guter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Max Walter Schürer,

Soldat in einem Infanterie-Regt., Inh. des Eisernen Kreuzes und der Friedrich-August-Medaille,

nach 26 Monaten heißen Ringens im blühenden Alter von 21 Jahren am 10. Juni früh durch Kopfschuß sein junges Leben lassen mußte.

Dies zeigen in tiefster Trauer an

Aue und im Felde, 9. Juli 1918.

Albin Schürer und Frau geb. Sterzel, Emil Schürer, z. Zt. beurlaubt, und Frau geb. Kramer, Max Schlegel, z. Zt. im Felde, und Frau geb. Schürer, Elsa Schürer, Paula Schürer, Johanne Schürer, Esther und Ella Schürer nebst übrigen Hinterbliebenen.

Schlafe wohl in süßer Ruh, unvergeßlich bleibst uns Du.

Leicht sei Dir Frankreichs Erde!

Für die uns dargebrachten Glückwünsche zu unserer Vermählung bedanken wir uns herzlichst.

Otto Kunz und Frau.

Raths Kaffeehaus.

Auf besonderen Wunsch der Kurgäste des Radium-Bades findet am 13. Juli 1918 nachmittags 4 Uhr ein

Extra-Konzert

unter Mitwirkung des beliebten Gesangs- u. Vortragskünstlers Rudolf Sieber aus Dresden statt.

Abends 8 Uhr Wiederholung.

Eintritt 50 Pfg.

Eintritt 50 Pfg.

Briefkasten.

Meine Damen und Herren.

Auf Ihre Anfragen betrefse des heutigen Spielplans im Apollo-Lichtspielhaus kann ich Ihnen versichern, daß derselbe ausgezeichnet ist. Das große Schauspiel: „Wenn das Herz in Haß erglüht“ ist wunderbar schön! Veräumen Sie das Gute ja nicht. Mit Gruß der Briefkasten-Ordnung.

Der Bahnhof Stein-Hartenstein erhält künftig die Bezeichnung „Hartenstein“. Agl. General-Direktion der Säch. Staatsbahnen.

2 Pfg. zahlt für jedes Gramm Wirtshaus (ausgekämmte Frauenhaare) Gustav Stern Perückenfabrik u. Haargroßhandlung, Aue, Wettinerstr. 48 nur am Wettinerplatz.

Werkzeugschlosser

für Schnitt- und Stanzwerkzeuge für sofort gesucht.

Max Uhlmann, Schlettau i. Erzg.

Einen Geschirrführer

sucht

Arthur Bochmann Baumkister, Aue.

Brenner, Aufträger, Klempner, Bordlerer, sowie Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

sucht

Firma August Reinwart

Emaillier- und Stanzwerk Neuwelt l. Sa.

Im heißen Völkerringen auf Frankreichs Erde mußte auch unser lieber, unvergeßlicher Sohn, Bruder, Neffe und Cousin

Willy Schenke

Soldat in einem Inf.-Regt.

am 1. Juni, kurz vor seinem 20. Geburtstag, durch einen feindlichen Angriff sein blühendes Leben lassen.

Im tiefsten Schmerze

Robert Schenke und Frau, Walter Schenke, z. Zt. im Heere, nebst allen and. Geschwistern u. Hinterbliebenen.

Aue, Löbnitz, Waldheim, Leipzig und im Felde, am 8. Juli 1918.

Du warst so gut und starbst zu früh, wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.

Dienstag früh 6 Uhr verschied in Zwickau nach längerem Leiden meine teure, unvergeßliche Frau, meine liebe, gute Mutter, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Frau Frieda Fischer

geb. Kretzschmar

im 33. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

Ernst Fischer und Sohn im Namen aller Hinterbliebenen.

Zwickau, Aue, Plauen, Amerika und in Gefangenschaft.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung in Aue statt. Der Trauerzug bewegt sich am Freitag, den 12. d. Mts., nachmittag 1/2 Uhr von Wasserstr. 16 aus.

Reisegepäckversicherung

Hinreise, Aufenthalt und Rückreise

sowie Transportversicherungen aller Art vermittelt zu günstigsten Bedingungen

Julius Rudert, Leipzig.

In Handelskreisen gut eingeführte Vertreter werden gesucht.

Arbeiterinnen

die möglichst schon an Werkzeugmaschinen gearbeitet haben, für sofort gesucht.

Otto Schaaf

Kematuren- und Metallwarenfabrik Köhler-Schwenberg b. Leipzig.

Elegant möbl. Zimmer

ab 1. Aug. i. d. Schneebergerstr. zu verm. Zu erst. im Auer Tagbl.

Junger Laufbursche

der Eltern die Schule verlassen hat, sofort gesucht für leichte Arbeiten. Rich. Günther, Eisenhandlung, Aue, Markt 9.

Herrenwäsche

mitb. gemacht u. mit guter Stärke steif geplättet in der Wald- u. Kunst-Plättanstalt H. Theofeld (Inh. H. Schmiedel), Zwickau.

Annahmestelle für Aue und Umgegend bei Franz Härtel, jetzt Ernst-Papststr. 33.

Zöpfe

reißt und repariert billigst in kürzester Zeit

Gustav Stern Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstraße 48 am Wettinerplatz

Weinkorke bis 4 Pl. p. Stck.

Sektkorke „20“ „Zelluloid-Grammophonplatten auch Abfälle zu Höchstpreisen. Nach Eingang jeder Sendung folgt sofort Betrag. Porto wird vergütet.

Otto's Korkzentrale, Dresden-A., Pirnaischestr. 16.

Eine Ziege

zu verkauf. Aue, Pfarrstr. 7.

Junges Ehepaar

sucht häßliche, sonnige Wohnung

in ruhiger Lage. Ausföhrl. Angab. mit Preisangabe unter „A. T. 2892“ an das Auer Tagesblatt.

Dame sucht

auf möbl. Zimmer

für 15. Juli oder 1. August. Angebote unt. „A. T. 2893“ an das Auer Tagesblatt erbeten.

Jg. Mädchen sucht

während der großen Ferien oder womöglich für dauernd zwecks weiterer Ausbildung in Schreibmaschine u. Stenogr.

passende Stellung. Zu erfrag. im Auer Tagesblatt.